

Die Schloß-Schule Kirchberg in neuer Bildungslandschaft
Elternversammlung zum Schuljahr 2011/2012

Liebe Eltern unserer Schülerinnen und Schüler, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der 27. März 2011 war ein historischer Tag: Mit Winfried Kretschmann ist der erste grüne Ministerpräsident der Bundesrepublik Deutschland gewählt, Baden-Württemberg erhält die erste Landesregierung ohne CDU-Beteiligung seit 1953 und das Bildungsressort kommt ebenfalls erstmals seit 1953 in die Hände einer sozialdemokratischen Ministerin.

All das zusammen heißt zuallererst einmal Umdenken, insbesondere im Bildungsbereich:

Studiengebühren, als letzte Rettung für die baden-württembergischen Universitäten eingeführt, einfach abgeschafft. Grundschulempfehlung, als Garantie für schulischen Erfolg in der weiterführenden Schule über Jahrzehnte hin verteidigt, zu Gunsten des Elternwillens abgeschafft. Grundschulenglisch, als Antwort Baden-Württembergs auf Internationalisierung und Globalisierung gesetzt, für die ersten beiden Grundschuljahre jedenfalls abgeschafft. Und die Privatschulfinanzierung? Zum Glück nicht abgeschafft, sondern mit oppositionellen Rechenmethoden der CDU jetzt als zu gering erkannt und bei der neuen Landesregierung deshalb auf dem Prüfstand.

Wie schon gesagt, Umdenken all überall, insbesondere im Bildungsbereich, und damit Grund genug, die neue Bildungslandschaft in ihren Ecken einmal auszuleuchten und nach neuen Möglichkeiten für die Schloß-Schule Kirchberg auszuloten.

Im Kern geht es grün-roter Bildungspolitik um eine Individualisierung von Bildungswegen ohne äußere Differenzierung – seit mehr als 100 Jahren zu 100 Prozent ein reformpädagogisches Anliegen und deshalb auch aufs freudigste zu begrüßen. Aber Politik im herkömmlichen Sinn möchte nicht nur einen Rahmen für Entwicklungen schaffen, sondern, mehr oder weniger deutlich, selbst gestalten, und so gibt es zu den pädagogischen Ideen hinter den Koalitionsvereinbarungen auch gleich die strukturellen Vorgaben mit dazu:

Ziel der neuen Landesregierung und deren ausdrücklicher Wunsch ist, wo immer möglich, die Einführung der Gemeinschaftsschule als gebundene Ganztageschule, also ein noch zu präzisierendes gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler von Klasse 1 bis Klasse 10, an das sich ein zwei oder dreijähriger Weg zum Abitur anschließen kann. Die weitere Ausdifferenzierung von Hauptschule und Realschule durch die von der alten Landesregierung eben erst eingeführte Werkrealschule wird, nicht ganz unerwartet, als Holzweg abgelehnt. Gymnasien dürfen, wohl mit Blick auf die Erfahrungen in Hamburg, weiter bestehen, aber, wo immer gewünscht, in zwei Geschwindigkeiten G8 und G9.

Warum nicht, denkt man beim ersten Hören, und fragt sich dann doch beim Lesen der ersten Ausführungen, insbesondere zum Gymnasium mit zwei Geschwindigkeiten, warum gerade so?

Zwei Geschwindigkeiten, oder wie im Koalitionsvertrag deutlicher steht, ein achtjähriger und ein neunjähriger Zug, klingt nach äußerer Ordnung mit Einstiegsentscheidungen und Umstiegsschwierigkeiten. Die Zeit des langsameren Zugs soll nach ersten Ideen der Ministerin in der Unterstufe bleiben, in dem der Stoff für die Klassen 5 und 6 auf drei Klassen verteilt werden soll. Für den Schulpraktiker eher verblüffend: Gerade die ersten Klassen an der weiterführenden Schule sind von großem Lerneifer und in aller Regel auch von entsprechendem Lernerfolg geprägt, was zwei Geschwindigkeiten hier wenig sinnvoll erscheinen lässt.

Natürlich können solche Ideen noch überarbeitet werden, lässt sich Zeit in die Mittelstufe schieben, wo sie dringender benötigt wird, aber darum allein geht es nicht. Individualisierung ohne äußere Differenzierung heißt m.E., dass Zeit nicht auf Züge verteilt werden sollte, sondern bei den Schüle-

rinnen und Schülern bleiben muss. Es braucht Möglichkeiten für unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten, ohne damit unterschiedliche Gruppenzugehörigkeiten festzuschreiben.

Warum sollen alle Schülerinnen und Schüler eines Klassenverbandes die zweite Fremdsprache zur gleichen Zeit beginnen?

Warum soll hierauf abgestimmt die Einführung etwa der naturwissenschaftlichen Fächer in für alle Schülerinnen und Schüler gleicher Schrittfolge geschehen?

Warum können Lernziele nicht kumulativ erreicht werden, anstelle von gleich getakteten Leistungsvergleichen in ein oder zwei Geschwindigkeiten?

Der Zeitbedarf ergäbe sich so entlang individueller Bildungswege und nicht als Ergebnis einer Entscheidung für den langsameren oder den schnelleren Zug zu Beginn. Beide Möglichkeiten blieben denkbar – Entlastung, wo nötig, Aufholen, wo möglich – und ein besonderes Schuljahr am Ende der Mittelstufe, 10 plus, könnte für die eine Schülerin, den einen Schüler vor Eintritt in die Kursstufe Offengebliebenes schließen, zu Vertiefendes anbieten und ergänzend Raum etwa für längerfristige Schüleraustauschprogramme schaffen.

Das kann nun fast schon als Ideen zu einer Gemeinschaftsschule verstanden werden, muss es aber nicht: Die Schloß-Schule ist ein allgemeinbildendes Gymnasium, auch deshalb, weil die gymnasialen Bildungsinhalte, die auf eine Studierreife hinzielen, zu unserem Anspruch, unseren Schülerinnen und Schülern eine umfassende, weltoffene Bildung zu ermöglichen, am besten passen. Ein solcher Bildungsgang braucht allerdings für die meisten Schülerinnen und Schüler mehr Zeit als zwei oder drei aufgesetzte Jahre, Zeit, die von Anfang an angelegt sein muss. Auf die einzelne Schülerin, auf den einzelnen Schüler abgestimmte Förderung und Forderung sind für diesen Bildungsgang an der Schloß-Schule erprobte Begleiter, ein individualisierbarer Zeitbedarf, wie eben angedacht, könnte darüber hinaus eine prima Ergänzung sein, Potenziale unserer Schülerinnen und Schüler zu entdecken und optimal weiter zu entwickeln.

Die neue Bildungslandschaft in Baden-Württemberg trägt also durchaus spannende Möglichkeiten einer Schulentwicklung in sich. Ideen hierfür werden wir an der Schloß-Schule entwickeln können, wenn auch, wie schon öfters, etwas gegen den gewollten Strich gebürstet. Wir freuen uns auf diesen Prozess an unserer Schule, darauf, mit der Kultusverwaltung ins Gespräch zu kommen, und wenn in solchen Gesprächen die bislang übliche Normierung wegfiel und statt dessen das Zuhören anginge, wenn es den einen, einzig richtigen Weg nicht mehr gäbe, sondern unter besonderen Bedingungen vor Ort auch vor der Kultusverwaltung besondere Wege optimal sein dürften, dann wäre der 27. März 2011 für die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg im Allgemeinen und für die Schloß-Schule im Speziellen tatsächlich ein Ereignis von historischer Tragweite.

Schauen wir mal, mit Optimismus jedenfalls.

Dr. Ulrich Mayer